



## Liebe Ebersbergerinnen und Ebersberger,

kaum ein Thema hat uns in den letzten Monaten so bewegt, wie die Frage einer Nord-Süd-Umgehungsstraße. Für das gesamte Ebersberger Gemeindegebiet ist die Auseinandersetzung mit diesem Thema hoch brisant.

Die aktuelle politische Zurückhaltung hat dabei jedoch nichts mit Untätigkeit zu tun, sondern ist der äußerst hohen Komplexität der Situation geschuldet. So spielen auch juristische Rahmenbedingungen und Zuständigkeiten eine erhebliche Rolle, über die man sich nicht einfach hinwegsetzen kann.

Die CSU Ebersberg möchte Politik verantwortungsvoll gestalten. Das schließt populistische Schnellschüsse aus. Die vermeintlich einfachen Lösungen bringen uns einem sinnvollen Ergebnis nicht näher und sorgen nur für Unfrieden.

Trotzdem wollen wir uns selbstverständlich mit den verschiedenen Seiten der Diskussion intensiv auseinandersetzen. Unter Berücksichtigung aller Interessen wollen wir aktiv gestalten und die Lösungsfindung vorantreiben.

Heute werden wir Ihnen daher die wichtigsten Eckpunkte und die Position der CSU Ebersberg vorstellen. Dies ist die Grundlage für jede weitere Auseinandersetzung mit dem Thema.

### Viel Spaß beim Lesen!



Ihr

**Alexander  
Gressierer**  
CSU Ortsvorsitzender

## UMGEHUNGSSTRASSE WAS DIE CSU DAZU SAGT

Die CSU ist DIE Volkspartei Bayerns. Mit dem größten politischen Ortsverband und der stärksten Stadtratsfraktion ist die CSU Ebersberg DIE Vertretung der Ebersbergerinnen und Ebersberger in der Kommunalpolitik.



Auslöser der Debatte: Das hohe Verkehrsaufkommen in der Ebersberger Innenstadt

Dieser Umstand begegnet dem Ortsverband auch bei der Diskussion um eine mögliche Umgehungsstraße. Genauso wie in der gesamten Ebersberger Bevölkerung treffen bei der CSU die unterschiedlichsten Positionen mit den unterschiedlichsten Argumenten zusammen.

„Sowohl die jetzt vom Verkehr unmittelbar Betroffenen, also auch diejenigen, die befürchten von einer möglichen Umgehungsstraße unmittelbar betroffen zu sein, haben ihre berechtigten Anliegen. Diese müssen wir auch in der Politik ernst nehmen“, betont der CSU-Ortsvorsitzende Alexander Gressierer. „Oberste Priorität hat, dass wir anständig miteinander umgehen, uns auf Augenhöhe begegnen und die Sorgen der anderen Seite ernst nehmen.“ Dies müsse Credo nicht nur innerhalb der CSU, sondern in ganz Ebersberg sein, fordert Gressierer in diesem Zusammenhang immer wieder.

Wie bereits von Bürgermeister Walter Brilmayer kommuniziert, sieht die CSU in einem Bürgerentscheid die beste Möglichkeit, einer so komplexen und vielschichtigen Fragestellung gerecht zu werden. „Damit ein Bürgerentscheid gelingen → [weiter nächste Seite](#)

→ kann, halten wir eine intensive Vorbereitung für notwendig“, erläutert Gressierer. Neben einer umfangreichen fachlichen Information bedeutet das auch, Möglichkeiten zum Austausch zwischen den unterschiedlichen Positionen zu schaffen. Denkbares Instrument zur Lösungsfindung könnte z.B. ein moderierter Prozess sein,

## »DENKBAR WÄRE EIN MODERIERTER PROZESS«

in dem alle Betroffenen gleichberechtigt zu Wort kommen. Andere Gemeinden haben hier bereits positive Erfahrungen gemacht. In jedem Fall gilt es, aus den Erfahrungen der Vergangenheit zu lernen. Jede Lösung wird mit erheblichen Nachteilen für Menschen, Umwelt und Natur verbunden sein. Das ist sicher. Die Eingriffe müssen so verträglich wie möglich gestaltet werden. Hierauf muss die Stadt Ebersberg im Rahmen ihrer Möglichkeiten hinwirken, fordert die CSU Ebersberg. Der Ortsverband will sich aktiv an der Lösungsfindung beteiligen und unterstützt einen zeitnahen Austausch zwischen den Betroffenen. Wenngleich ein Bürgerentscheid gerade aus rechtlichen Erwägungen kurzfristig noch keinen Sinn macht, gilt es die Zeit zu nutzen und diesen bestmöglich vorzubereiten.



NORD-SÜD-UMGEHUNGSSTRASSE

# WAS SIE WISSEN MÜSSEN

VON THOMAS LIPPERT

Mit täglich ca. 12.000 Fahrzeugbewegungen ist die ST2080 die Hauptverkehrsachse in der Kreisstadt. Als Staatsstraße ist sie für den Durchgangsverkehr bestimmt. Im Falle Ebersbergs führt sie von Grafing über die Süd-Umgehungsstraße kommend über den Marienplatz, am Klostersee vorbei, durch das Gewerbegebiet hindurch in den Ebersberger Forst.

schiedlicher Nachteile, konnte im Stadtrat für keine der Varianten eine Mehrheit erreicht werden. Gleichzeitig wurde auch der von dem damaligen CSU-Ortsvorsitzenden Florian Brillmayer entwickelte Vorschlag für die großräumige Lösung eines „Gesamtverkehrskonzepts“ vom Straßenbauamt abgelehnt. Die Ebersberger Ortsumfahrung wurde deshalb am Ende in die



Zentrales Gegenargument: Das einmalige Ebersberger Umland

Alle Staatsstraßen betreffende Straßenbaumaßnahmen werden vom Freistaat Bayern durchgeführt und getragen. Der Stadt Ebersberg bleibt hier immer nur die unbefriedigende Situation des „Bittstellers“, der auf Probleme hinweist und Verbesserungen einfordert. Dies geschah in der Vergangenheit regelmäßig und wird auch gegenwärtig mit größtem Nachdruck verfolgt.

Im Rahmen der Fortschreibung des Staatsstraßenbauplans wurde die Stadt Ebersberg bereits 2009 zu Wünschen und Möglichkeiten einer Nord-Süd-Umgehungsstraße befragt. In einer intensiven und langwierigen Debatte setzte sich der Stadtrat mit den unterschiedlichen Vorschlägen einer Machbarkeitsstudie des Straßenbauamts Rosenheim auseinander. Im Raum standen insgesamt acht mögliche Straßenführungen. Aufgrund unter-

Dringlichkeitsstufe 2 mit einer Umsetzung erst ab 2025 eingeordnet.

Die Stadt Ebersberg wird auch hier wieder frühzeitig in den Planungsprozess einbezogen werden. Eine Entscheidung, sei es durch Beschluss des Stadtrats oder Bürgerentscheid, ist allerdings erst vor Beginn der konkreten Maßnahmen sinnvoll. Abgesehen von einer fehlenden rechtlichen Bindungsdauer eines solchen Beschlusses über einen so langen Zeitraum hinweg, bleibt auch offen, ob bereits geplante überörtliche Maßnahmen der nächsten ein bis zwei Jahre, z.B. die Fertigstellung der A94, Einfluss auf das Verkehrsaufkommen in Ebersberg nehmen und in der Planung berücksichtigt werden müssen. Ungeachtet dessen sind gerade die rechtlichen Anforderungen an einen Bürgerentscheid nicht zu unterschätzen und bedürfen einer soliden Vorbereitung.